CDU BESSER FÜR NIEDER-RODEN

Pressemitteilung der CDU Nieder-Roden

Anfragen der CDU im Ortsbeirat

In weitgehendem Einvernehmen verlief die vergangene Sitzung des Ortbeirates am 16. November.
Nach den Mitteilungen des Ortsvorstehers und des Magistrats, hatte die Nieder-Röder CDU unter Punkt 4 der Tagesordnung, „Anfragen an den Magistrat“, erneut einen umfangreichen Fragenkatalog im Gepäck.

So wollte man gerne den allgemeinen Sachstand über die Gewerbeansiedlung im Gebiet N27 (die Brachen hinter ALDI) erfahren, den Fortgang zur Entwicklung des medizinischen Kompetenzzentrums (MKZ) in Nieder-Roden in Erfahrung bringen und wünschte in diesem Zusammenhang nähere Auskünfte zur geplanten Wirtschaftsförderung in Nieder-Roden und Rodgaus im Allgemeinen.

Zu der inzwischen erfolgten Dachsanierung der „Schulsporthalle, Wiesbadener Str.“, erinnerte man an den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, nachträglich eine Photovoltaik-Anlage installieren zu wollen.
Hier seien bisher keine Aktivitäten sichtbar und der Sachstand unklar.
Gleiches gelte für den Neubau des Feuerwehrhauses Süd - auch hier seien über die Ankündigungen hinaus noch keine Ansätze zu erkennen.

Zum Thema Photovoltaik im Allgemeinen, wünschen die CDU-Mitglieder Informationen darüber, welche weiteren städtischen Liegenschaften Nieder-Rodens (außer der Sporthalle und des neuen Feuerwehrhauses) für Bürger-Solaranlagen als geeignet betrachtet werden.

Als überaus bürgerfern und kurzsichtig kritisieren die Christdemokraten die von der „bunten“ Mehrheit verfügten Schließung der städtischen Anlaufstellen. Das städtische Argument, die kostspielige Technik für die neuen Ausweise sei daran schuld, lassen die Nieder-Röder Christdemokraten nicht gelten. Schließlich hätte der Großteil der Bürgeranliegen mit der Ausweisbeantragung nichts zu tun.
So fordert man erneut, - nicht nur im Hinblick auf die Situation im Rollwald, Aufklärung darüber, wie die Stadt zukünftig verfahren will.

Zwei weitere Anfragen befassten sich mit dem Haus der Musik.

Die angeordnete Verlagerung des Stadtarchivs lasse noch immer auf sich warten und eine Regelung der Nutzungszeiten nicht in Sicht. Im Zusammenhang damit fehle es zudem an einer verlässlichen Hausmeisterregelung.

Im Hinblick auf die Seniorenresidenz in der Frankfurter Strasse, bemängelt die CDU im Ortsbeirat erneut die optisch unschöne und verkehrstechnisch unsichere gegenüberliegende Straßenseite. Die natürlich entstandenen Trampelpfade stellten die tatsächlich sinnvollen Wegverbindungen dar, doch bergen sie, da unbefestigt und ausgetreten, ein erhöhtes Sturzrisiko. Vom Magistrat wolle man daher wissen, warum bisher keine Überplanung oder Neuordnung der Grün – und Wegeflächen erfolgt ist.

Mit dem Thema Verkehr befasste sich eine Anfrage, die auf einen Maßnahmenkatalog zur Wohnumfeldverbesserung aus dem Jahr 2008 Bezug nimmt.
In diesem war unter anderem vorgesehen, die Straßenbreite des Leipziger Rings durch bauliche Maßnahmen der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h anzupassen.
Hierzu wollte man vom Magistrat erfahren, ob es inzwischen Planungen gibt und wie diese aussehen.

Eine weitere Anfrage hatte die Stellplatzoptimierung und Überplanung des Bürgerhausparkplatzes zum Gegenstand. Durch den Abriss des Bushaltehäuschens sei nun eine sinnvolle Neuordnung mit mehr Stellflächen möglich. Hierzu bat man ebenfalls um Auskunft über den Planungsstand.

Eingangs ergänzt wurde die Liste der Anfragen um Anregungen zur Entschärfung zweier potenzieller Gefahrenpunkte.
So erachtet man eine Querungshilfe in Form eines Zebrastreifens auf der Ober-Rodener-Strasse in Höhe des Dieburger Wegs für sinnvoll, da dies die kürzeste fußläufige Verbindung zwischen S-Bahnstation und Industriegebiet sei. Diese unübersichtliche Stelle werde von vielen dort Beschäftigten unter Inkaufnahme des Risikos täglich genutzt.
Ein gutes Stück sicherer würde damit auch der Schulweg eines Teils der im Industriegebiet wohnenden Kinder.

Einen positiven Beitrag zum Schutz der Fußgänger leiste auch ein Zebrastreifen
auf der Borsigstraße gegenüber des ALDI-Marktes, da bei weitem nicht alle Kunden der dort ansässigen Verbrauchermärkte mit dem Auto kämen.
Hier, wie dort sehen die Nieder-Röder Christdemokraten dringenden Handlungsbedarf und fordern eine Stellungnahme vom Magistrat.